



32. Parteitag der CDU Deutschlands

Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Daniel Caspary MdEP

22. / 23. November 2019 - Messe Leipzig

I. Mit Manfred Weber wird die EVP mit Abstand stärkste Kraft bei der Europawahl, volle Unterstützung für Ursula von der Leyen, Vertrauen in die europäische Demokratie zurückgewinnen

Es war vor gut einem Jahr, am 8. November 2018, als Manfred Weber in einem Vorzeigeakt europäischer Parteiendemokratie in Helsinki von einer überwältigenden Delegiertenmehrheit zum Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei für die Europawahl gekürt wurde. Fortan galt er als der aussichtsreichste Bewerber um die Nachfolge Jean-Claude Junckers im Amt des Kommissionspräsidenten, führte einen hoch engagierten Wahlkampf und stellte sich in allen europäischen Staaten dem direkten Bürgergespräch. Nie waren Europapolitiker in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter!

Und tatsächlich: Nach Schließung der Wahlurnen am Abend des 26. Mai hatten 201 Millionen Menschen ihre Stimme abgegeben. Das ist ein gutes Zeichen für die europäische Demokratie, insbesondere weil das populistische, extremistische Lager der „Europa-Zerstörer“ nicht gestärkt wurde. Diesem steht für die nächsten fünf Jahre eine Zwei-Drittel-Mehrheit aus grundsätzlich europafreundlichen Abgeordneten im Parlament gegenüber.

Trotzdem wurde der europäischen Demokratie schwerer Schaden zugefügt. Denn obwohl die EVP aus der Europawahl als mit Abstand stärkste Fraktion hervorging, sorgten Sozialdemokraten und Liberale im Europäischen Parlament und neben anderen der französische Präsident Macron, der spanische Ministerpräsident Sánchez und der ungarische Ministerpräsident Orbán im Europäischen Rat dafür, dass Manfred Weber nicht der nächste Präsident der Europäischen Kommission werden konnte. Sie haben damit das Vertrauen vieler Menschen in die europäische Politik nachhaltig erschüttert.

Spitzenkandidatenprozess unumgebar machen

Die CDU/CSU-Gruppe und die gesamte EVP stehen aus demokratischer Überzeugung weiterhin zum Spitzenkandidatenprozess. Ein erster wichtiger Schritt, Vertrauen in die europäische Politik zurückzugewinnen ist, diesen Prozess so verbindlich festzuschreiben, dass er nicht mehr umgangen werden kann. Kroatien hat bereits angekündigt, eine Initiative vorzulegen, sobald das Land ab 1. Januar 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird. Die europäische Demokratie muss sich durchsetzen.

Mit aller Kraft unterstützt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament nun die gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission, Dr. Ursula von der Leyen. Mit ihr erfüllt sich nicht nur ein Teilversprechen des Wahlausgangs, dass die nächste Kommissionsspitze aus den Reihen der EVP kommen muss. Sie ist überdies eine überzeugte und hoch kompetente Europäerin, die einen großen Erfahrungsschatz mitbringt. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe sind stolz darauf, dass nach über 50 Jahren wieder eine Deutsche die Europäische Kommission führen wird.

Spätestens die parlamentarische Anhörung der Kandidaten für die Ämter der Kommissare der nächsten Europäischen Kommission hat gezeigt, dass mit dem Europäischen Parlament wieder als starker Kraft zu rechnen ist, es auf die EVP ankommt und dass mit dem alten und

neuen EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber weiterhin einer der Key-Player in Brüssel aus den Reihen der CDU/CSU-Gruppe kommt.

II. CDU/CSU-Gruppe: kleiner, aber ganz schön mächtig

In Deutschland lag die Wahlbeteiligung am 26. Mai bei starken 61,4 Prozent im Vergleich zu den 48,1 Prozent von 2014. Anders als bei den meisten früheren Europawahlen war die Bundespolitik für die Wahlentscheidung nicht wichtiger als die Europapolitik. Eine deutliche, besonders durch die Fridays-for-Future-Proteste geförderte Verschiebung der politischen Agenda hin zum Thema Klima- und Umweltschutz und das Rezo-Youtube-Video, das im Endspurt zu einem bestimmenden Thema wurde, erklären das Wahlergebnis nur zum Teil. Es war für Union wie auch SPD historisch niedrig.

Volksparteien haben es bei Europawahlen generell gegenüber kleineren und Protestparteien schwerer. 2019 zogen wie 2014, als die erste Europawahl ohne Sperrklausel stattfand, 14 deutsche Parteien mit Vertretern in das Europäische Parlament ein. Fünf Parteien sind mit nur einem Abgeordneten vertreten. Sie liegen alle unter 2 Prozent Stimmenanteil.

Sperrklausel endlich umsetzen

Es ist ein Fehler, dass der deutsche Gesetzgeber den Europäischen Direktwahlakt nicht ratifiziert und in deutsches Europawahlrecht umgesetzt hat. Deutschland war im Rat der stärkste Treiber und gehört mit Spanien zu den aller letzten der 28 Pflichtschuldigen. Sogar Großbritannien hat umgesetzt!

Wir unterstützen daher mit aller Kraft den an diesen Bundesparteitag gerichteten Antrag, die europäische Wahlrechtsreform endlich zu ratifizieren und umzusetzen. Wir brauchen die 2-Prozent-Sperrklausel für die deutsche Europawahl, um eine weitere Zersplitterung des Parlaments und der gesamten Parteienlandschaft zu verhindern!

Die CDU/CSU-Gruppe ist mit ihren immer noch 29 Mitgliedern weiterhin die stärkste nationale Kraft in der EVP-Fraktion. Sie ist wegen ihrer verhältnismäßig großen Zahl wichtiger Ämter und Funktionen geradezu der Nukleus ihrer Fraktion, die sich mit Fug und Recht als Stabilitätsanker und Taktgeber im Europäischen Parlament versteht.

CDU/CSU-Gruppe stark aufgestellt

Unmittelbar nach der Europawahl ist Daniel Caspary zum Vorsitzenden, Prof. Dr. Angelika Niebler zur Co-Vorsitzenden und sind Dr. Markus Pieper und Monika Hohlmeier zu den Parlamentarischen Geschäftsführern der CDU/CSU-Gruppe wiedergewählt worden.

Rainer Wieland ist erneut Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Manfred Weber führt die EVP-Fraktion. Die CDU/CSU-Gruppe stellt alleine acht der 22 „Fachpolitischen Sprecher“, also der sogenannten Koordinatoren der EVP-Fraktion in den EP-Fachausschüssen. Sie sind ebenfalls Mitglieder des Fraktionsvorstands und heißen:

Michael Gahler (Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten),
Markus Ferber (Ausschuss für Wirtschaft und Währung),
Dennis Radtke (Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten)
Dr. Peter Liese (Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit),
Dr. Christian Ehler (Ausschuss für Industrie und Forschung),
Dr. Andreas Schwab (Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz),
Axel Voss (Rechtsausschuss) und
Dr. Peter Jahr (Petitionsausschuss).

Die CDU/CSU-Gruppe hat in vier der 22 Parlamentsausschüssen den Vorsitz inne, obwohl sie nur knapp 4 Prozent der Mitglieder des Europäischen Parlaments stellt. Auch das zeigt: kleiner, aber mächtig!

David McAllister ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten,
Sabine Verheyen Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung,
Monika Hohlmeier führt den Ausschuss für Haushaltskontrolle und
Norbert Lins steht an der Spitze des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Alle vier sind zugleich Mitglieder des EVP-Fraktionsvorstands. Des Weiteren gehören Dr. Markus Pieper und Christine Schneider dem Fraktionsvorstand an.

Außerdem ist Marion Walsmann Stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses,
Sven Schulze Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Tourismus und
Niclas Herbst Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Die CDU/CSU-Gruppe will den vielfältigen Verzahnungen zwischen den verschiedenen Beratungs- und Entscheidungsebenen der Union gerade in europapolitisch wichtigen Themenbereichen und besonders wichtigen nationalen Beziehungen im europäischen Kontext besser gerecht werden. Daher haben die Stellvertretenden Gruppenvorsitzenden erstmals besondere Verantwortlichkeiten übernommen:

Ansprechpartner für die Landtagsfraktionen der Union und deren Europapolitische Sprecher bzw. Arbeitskreise ist Ralf Seekatz.

Ansprechpartnerin für die Parteivereinigungen und deren Europapolitische Sprecher bzw. Arbeitskreise ist Marion Walsmann.

Zuständig für die Pflege der politischen Beziehung nach Berlin ist Sven Schulze, der zugleich auch Co-Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Europa ist.

Den wichtigen deutsch-französischen Beziehungen widmet sich künftig Dr. Andreas Schwab in besonderer Weise.

Festakt zum Vierzigsten – CDU/CSU-Gruppe feiert Gründungsjubiläum

Die Konstituierung der CDU/CSU-Gruppe wurde mit einem Festakt verbunden: Alte und neue Mitglieder begingen im Haus der Geschichte in Brüssel den 40. Jahrestag der allerersten Konstituierung der Gruppe am 19. Juni 1979. Daniel Caspary (CDU) und Prof. Dr. Angelika Niebler (CSU) betonten die gewachsene Einigkeit der Schwester-Parteien und dankten dem EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber für seinen engagierten Europawahlkampf. Dr. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und früherer EVP-Fraktionsvorsitzender, sowie der langjährige Europaabgeordnete

und ehemalige Vizepräsident des Bayerischen Landtages, Reinhold Bocklet, überbrachten Glückwünsche und Grußworte.

Gedenken zum Dreißigsten – Europäisches Parlament begeht 30. Jahrestag des Mauerfalls

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, würdigte am 13. November 2019 im Brüsseler Plenarsaal des Europäischen Parlaments den Fall der Berliner Mauer als Sieg der Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie. Herr Dr. Schäuble und die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe teilten in einer gemeinsamen Sitzung die Überzeugung, dass die Europäische Integration eine Voraussetzung der Wiedergewinnung der Deutschen Einheit war, wie das Gelingen der Europäischen Union auch heute die Bedingung einer glücklichen Zukunft aller Deutschen und Europäer ist.

III. Die Erfolgsgeschichte der Integration fortschreiben, einen neuen Aufbruch wagen

Die Europäische Integration steht für den großartigen Erfolg des Friedens in Wohlstand, Freiheit und Einheit nach den verheerendsten Kriegen und dunkelsten Zeiten. Sie ist ein Gemeinschaftswerk, auf das wir sehr stolz sein dürfen.

Aber die Welt steht nicht still. Europa müsse immer wieder neu erarbeitet werden, so hat es Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Vorabend des 30. Jahrestages der Maueröffnung am 9. November in Berlin im Rahmen der Veranstaltung „Die Europa-Rede“ der Konrad-Adenauer-Stiftung treffend festgestellt.

Wir werden heute konfrontiert mit einer neuen rücksichtslosen Selbstbehauptung, die die Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit in Frage stellt, Handelskonflikte heraufbeschwört und sich in territorialer und ökonomischer Expansion, Krieg und Terrorismus äußert. Wir erleben Mega-Phänomene globalen Ausmaßes wie die Klimaveränderung, Migrationsbewegungen und die digitale Revolution. Die Menschen erwarten von der Politik Lösungen für die drängenden Aufgaben. Dabei ist offensichtlich: Kein Land, kein Mitgliedstaat der Europäischen Union kann solche Herausforderungen alleine bewältigen. Dies kann uns nur gemeinsam mit der Europäischen Union gelingen. Es gilt, die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fortzuschreiben.

Bei ihrer erfolgreichen Präsentation im Juli hat Frau Dr. von der Leyen dem Europäischen Parlament dargelegt, dass sie für einen neuen Aufbruch steht. An ihren politischen Leitlinien wird sich das mehrjährige Arbeitsprogramm von Kommission, Rat und EU-Parlament wesentlich orientieren.

Die CDU/CSU-Gruppe bringt sich intensiv in den Prozess der Positionierung der EVP-Fraktion und EVP-Partei ein, die gerade am 20. und 21. November in Zagreb beraten haben. Sie will ihre Politik als konstruktive und kritische Kraft in Europa umzusetzen und ihre Wahlzusagen gemeinsam mit den EVP-Partnern mit Leben zu erfüllen.

1. Die Schöpfung bewahren, Innovation vorantreiben und gesund leben

Die CDU/CSU-Gruppe will ein Europa, für das die Erhaltung und die Wiederherstellung des Ökosystems eine politische Richtschnur ist und das für ein gesundes Leben auf unserem Kontinent sorgt.

Umwelt, Naturschätze, Meere und Ozeane müssen erhalten und geschützt, das Schwinden der Biodiversität, zum Beispiel der Insektenvielfalt, muss aufgehalten werden. Europa soll auf der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt 2020 die Weltgemeinschaft ebenso anführen, wie es dies bei der Klimakonferenz von Paris im Jahr 2015 getan hat.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt die Zielsetzung, dass die **Europäische Union bis 2050 klimaneutral** ist. Gewiss, Europa ist nur verantwortlich für etwa 10 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Aber es geht um unseren einen Planeten und Europa kann die Führung übernehmen bei CO₂-armen Technologien, demonstrieren, dass Klima-Investitionen gewinnbringend und nachhaltig sind, und zeigen, wie durch Strukturwandel neues Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen.

Daher wollen wir den Emissionszertifikatehandel ausweiten, der sich im Interesse des Umweltschutzes des Marktmechanismus` bedient. Die beschlossene EU-weite Zielvorgabe der Verminderung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent bis 2030 ist ambitioniert und muss entschlossen erfüllt werden. Frau Dr. von der Leyen schlägt vor, das Reduktionsziel 2030 bei Treibhausgasemissionen weiter, auf 50 – wenn nachhaltig möglich – bis 55 Prozent, zu erhöhen. Auch die CDU/CSU-Gruppe tritt für eine ambitionierte Klimapolitik ein.

Wirtschaftliches Wachstum muss im Einklang stehen mit Umweltschutz. Zugleich müssen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Industrie, ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau und der gesellschaftliche Ausgleich gewahrt werden. **Der Schlüssel ist vor allem Innovation**, die durch umfassende Forschungs- und Entwicklungsförderung unterstützt wird. Ein gutes Beispiel ist die Europäische Batterieallianz, deren Ziel die Ansiedlung einer eigenständigen Zellfertigung in Europa ist, die wettbewerbsfähige, innovative und zugleich umweltschonende Produkte herstellt und gute, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze bietet.

Dann kommt es auf eine sorgfältige Folgenabschätzung an, so dass Klimaschutzpolitik und die weiteren genannten relevanten Politikfelder kohärent ausgestaltet werden können. Auch das gehört zum „Klima-Deal“ mit dazu.

Es geht zudem um die internationale Anschlussfähigkeit von Klimaschutzauflagen. Dem Klimaschutz ist schließlich nicht geholfen, wenn beispielsweise europäische energieintensive Industrie in Länder mit geringeren Klimaschutzstandards abwandert. Gerade die europäische Energiepolitik spielt eine wesentliche Rolle, geht es hier doch neben Klimaschutz, Wachstum und Wohlstand auch um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

Schließlich braucht der Wandel Akzeptanz. Die CDU/CSU-Gruppe setzt auf Anreize statt Verbote und auf Vernunft statt Ideologie und pauschaler Zielvorgaben.

Die CDU/CSU-Gruppe hat sich über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion **in die Erarbeitung des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung eingebracht**. Sie dankt insbesondere den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Jung und Dr. Georg Nüßlein für die sehr gute Zusammenarbeit. Sie hat sich vor allem dafür eingesetzt und begrüßt es, dass beim nationalen Emissionshandel von vorneherein auf Europakompatibilität geachtet wird.

Eine zentrale Rolle beim „Klima-Deal“ muss der **europäischen Waldstrategie** zukommen. Unsere Wälder sind durch Dürre, Stürme, Krankheiten und Schädlingsbefall schwer geschädigt. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich ein für schnelle und unbürokratische Hilfe bei Wiederaufforstungen und Waldumbau aus dem europäischen Solidaritätsfonds, die Förderung der Entnahme und Verwertung von Schadholz, eine stärkere Förderung der nachhaltigen Forstwirtschaft aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und mehr europäische Förderung von Forschung zur Waldgesundheit. Die CDU/CSU-Gruppe steht an der Seite der Waldbesitzer und all derjenigen, die für unsere Wälder Sorge tragen.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt die Zielsetzung, für die Gesundheit der EU-Bürgerinnen und Bürger auf ein Null-Schadstoff-Ziel hinzuarbeiten. Gemeinsam mit Manfred Weber fordert sie schon lange einen **europäischen Masterplan zur Krebsbekämpfung** und erwartet einen Aktionsplan der Kommission, der alle Aspekte von der Prävention bis zur Palliativmedizin umfassen soll. Wir unterstützen die Initiative der EVP-Fraktion, einen Sonderausschuss Krebs einzurichten. Europa soll mit seiner innovativen Kraft ein „kreatives Laboratorium“ von Weltrang sein und unsere Welt zu einem besseren Ort machen.

2. Den Binnenmarkt im digitalen Zeitalter weiterentwickeln, Industrie und KMU fördern

Nano- und Biotechnologie, neue Werkstoffe und Leichtbautechnologien, die Entwicklung des Quanten-Computings, Digitalisierung, Anwendungen Künstlicher Intelligenz – nur, wenn Europa über die neuen Verfahren und Technologien verfügt und sie beherrscht, kann es seine Position im Wettbewerb dauerhaft behaupten und dazu beitragen, dass alle profitieren und teilhaben können.

Im Digitalen Zeitalter geht es für Europa darum, das es seiner Tradition entsprechend dem Individuum gegenüber dem Markt und gegenüber den Interessen fremder Regierungen Priorität verschaffen kann, also um europäische Datensouveränität und Persönlichkeitsschutz, wie er der europäischen Kultur entspricht.

Es entsteht eine globale **Plattformökonomie**, vom Onlineshopping bis zum Messengerdienst. Internetplattformen verfügen über enorme Mengen an Kapital und Daten. Sie sind innovativ und verändern Wertschöpfungsketten. Europa darf auch in angrenzenden Bereichen wie Mobilität, Gesundheitswirtschaft und digitalem Cloud-Learning nicht den Anschluss verlieren. Anwendungen der Künstlichen Intelligenz erstrecken sich auf alle Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsbereiche, auf Logistik und Verkehr, auf berufliches, privates und soziales Leben gleichermaßen.

Es geht darum, dass innovative europäische Unternehmen und Start-ups ihre Stärken für eigene Plattformgeschäftsmodele und die Entwicklung globaler Wettbewerbsfähigkeit konsequent nutzen können. Zentrale Voraussetzung dafür ist der Aufbau einer europäischen Infrastruktur mit großer Datenverfügbarkeit und Datensouveränität. Der europäische **Cloud-Verbund „GAIA-X“**, eine wichtige Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums, kann der europäischen Digitalwirtschaft zum Durchbruch verhelfen. Erforderlich ist ein Wettbewerbsrecht, das der digitalen Welt gerecht wird, mit fairem, diskriminierungsfreiem Marktzugang und Rechtssicherheit für Unternehmen.

Wichtig ist, für den „großen Durchbruch von Plattformen“ unternehmerisches Denken im Weltmaßstab zu fördern. Dafür ist die ambitionierte Weiterentwicklung des Binnenmarkts von großer Bedeutung. Unerlässlich ist auch, dass Europa sich auf Konzepte für die menschlichen und ethischen Aspekte der Künstlichen Intelligenz verständigt und mit seinem Potenzial für IT-Sicherheitsforschung und gemeinsame Standards höchste **Cybersicherheit** gewährleistet. Es gilt, sich gegen Angriffe auf die innere und äußere Sicherheit zu wappnen und in der digitalen Kommunikation vor allem die Meinungsfreiheit und das Eigentum rechtsstaatlich abzusichern.

Der Binnenmarkt ist der Kern der Europäischen Integration und mit 500 Millionen Menschen und einem Anteil von 40 Prozent am globalen Bruttoinlandsprodukt zugleich der weltweit größte gemeinsame Markt. Es gilt, seine Leistungskraft zu erhalten und neues Wachstum zu generieren.

Die CDU/CSU-Gruppe sieht mit großen Erwartungen den durch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier angekündigten Vorschlägen für eine **EU-Industriestrategie** entgegen. Bereits im Europawahlkampf hat die EVP gefordert, die Reform des EU-Wettbewerbsrechts in Angriff zu nehmen und beispielsweise das Kriterium der internationalen Wettbewerbskontrolle einzuführen.

Die CDU/CSU-Gruppe will die kleinen und mittelständischen Unternehmen fördern, den Markt für Wachstumsfinanzierung für die innovativen Unternehmen der Zukunft weiter ausbauen und die Kapitalmarktunion vollenden. Es bedarf einer zeitgemäßen Definition **Kleiner und Mittlerer Unternehmen** (KMU). Mittelstandspolitik muss am besten direkt bei der Kommissionspräsidentin in Form einer Stabsstelle angesiedelt sein.

Wichtige Anliegen sind, das europäische Körperschaftssteuerrecht zu reformieren und eine **gemeinsame Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage** einzuführen. Wir wollen einerseits bei den Unternehmenssteuern einen Wettlauf nach unten verhindern und andererseits eine effektive **Besteuerung großer globaler Digitalunternehmen** im Interesse der Steuergerechtigkeit. Außerdem gilt es, grenzüberschreitenden Steuerbetrug zu bekämpfen.

Die CDU/CSU-Gruppe verlangt einen **unabhängigen Europäischen Normenkontrollrat**, der die EU-Institutionen für eine bessere Rechtsetzung mit weniger Bürokratie berät. Zusätzlicher Aufwand durch neue Regeln für die Wirtschaft muss mindestens im selben Umfang an anderer Stelle reduziert werden (one in, one out).

Derzeit besteht vielfach Unsicherheit, ob für jede Tätigkeit wie zum Beispiel eine Geschäftsreise von kurzer Dauer im EU-Ausland, in den EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen sowie der Schweiz eine **A1-Bescheinigung** im Vorfeld beim zuständigen Sozialversicherungsträger beantragt werden muss. Die CDU/CSU-Gruppe will hier Rechtssicherheit und die Entlastung der Arbeitnehmer und der Unternehmen von bürokratischem Aufwand.

Seitdem der Europäische Gerichtshof Ende Januar 2018 entschieden hat, dass die europäische Dienstleistungsrichtlinie auch für die **Bauleitplanung** gilt, steht die Drohung neuer bürokratischer Hürden und zeitlicher Verzögerung für den Städtebau im Raum. Die CDU/CSU-Gruppe vertritt die Position, dass im Rahmen der Verhandlungen über die Notifizierungsrichtlinie eine Ausnahme von der Notifizierungspflicht bei Bauleitplänen vereinbart wird. Die kommunale Selbstverwaltung muss auch bei Bauleitplänen unangetastet bleiben. Dies muss rechtssicher gewährleistet sein.

3. Europäische Aufgaben finanzieren, solide Finanzen sicherstellen

Entscheidende Weichenstellungen für die Europapolitik der nächsten fünf Jahre werden durch den sogenannten **Mehrjährige Finanzrahmen** (MFR) vorgenommen. Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgefordert, eine Ausgabenobergrenze (ungeachtet der Instrumente, die über die Obergrenzen hinausgehen) bei 1,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 zu ziehen und damit das Gesamtvolumen des Budgets der Europäischen Union deutlich zu erhöhen. Selbstverständlich soll kein Mitgliedstaat überfordert werden. Das Volumen des Mehrjährigen Finanzrahmens muss aber den immer größeren und zahlreicheren Aufgaben Europas entsprechen.

Eine zu niedrige Mittelausstattung führte zu Kürzungen in der Agrar- sowie der Struktur- und Kohäsionspolitik. Die Europäische Union benötigt zusätzliche Mittel, um die neuen Herausforderungen angemessen bewältigen zu können. Der Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 muss auf die Zukunft ausgerichtet werden.

Die zusätzlichen Gelder sollen für Programme und Maßnahmen mit einem europäischen Mehrwert verwendet werden, vor allem für Klimaschutz, für Forschung und Innovation, für Jugend, Bildung und Ausbildung und die Förderung Kleinerer und Mittlerer Unternehmen. Das Europäische Parlament hat die Vorschläge der Europäischen Kommission zu neuen Eigenmittelquellen für Europa ausdrücklich begrüßt und sie zur Bedingung seiner Zustimmung gemacht.

Die Europäische Union ist eine Schicksalsgemeinschaft, die Solidarität verlangt. Das gilt ganz besonders in der **Wirtschafts- und Währungsunion**, in der sich Krisen einzelner Mitglieder der Eurozone unmittelbar auf die Stabilität des gesamten Euroraums auswirken.

Daher sind die Stabilitätskriterien unbedingt einzuhalten und notwendige Reformen in Verbindung mit Haushaltskonsolidierung und Investitionen konsequent durchzuführen. Die Kommission ist strikte Hüterin der Verträge. Das Europäische Semester muss uneingeschränkt der Förderung von Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und einer

verantwortungsvollen Haushaltsführung bzw. der Verhinderung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte verpflichtet bleiben.

Die CDU/CSU-Gruppe will intensiv daran mitarbeiten, die **Bankenunion** weiter zu vertiefen, um die Eurozone krisenfester zu machen. Die Risiken von Staatsanleihen sind offen zu benennen und zu reduzieren, insbesondere um gefährliche Wechselbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Stabilität von Staaten sowie der Liquidität und Solvenz von Banken zu durchbrechen. Notleidende Kredite sind weiter abzubauen.

Ein europäisches **Einlagensicherungssystem** setzt die offene Benennung und Reduzierung der Risiken, den Aufbau wirksamer Vorsorgesysteme, wie sie beispielsweise Sparkassen und Genossenschaftsbanken vorsehen, sowie die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen zur Einführung nationaler Einlagensicherungssysteme voraus. Haftung und Verantwortung gehören zusammen.

Eine europäische **Arbeitslosenrückversicherung** bzw. Umverteilung und Ausgleichszahlung zwischen nationalen Systemen der sozialen Sicherung lehnen wir ab. Eine Europäische Arbeitsagentur kann im Interesse des Binnenmarks und der Beschäftigungsförderung hilfreich sein, nationale Arbeitsmärkte zu verknüpfen und grenzüberschreitende Mobilität beispielsweise durch klassische Arbeitsvermittlung zu verbessern. Insoweit die Europäische Kommission das Vorhaben des Konzepts eines gerechten **Mindestlohns** verfolgt, ist auf das Subsidiaritätsprinzip zu verweisen. Nationale Regelungen müssen Vorrang haben.

Die Einführung einer **Kryptowährung** wie Libra würde Regulierung und Überwachung zum Schutz der Finanzmarktstabilität und unseres Zahlungssystems erfordern.

4. Europas Rolle in der Welt stärken

Die Europäische Union muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, sei es in der Gemeinsamen Außenpolitik, in der weiterzuentwickelnden Europäischen Verteidigungsunion oder in der internationalen Handelspolitik. Multilateralismus, Bündnistreue und Werteverpflichtung sind für die CDU/CSU-Gruppe eherne Grundprinzipien. Auch in der Erweiterungspolitik muss die EU ein verlässlicher und berechenbarer Partner sein.

Multilateraler Freihandel ist entscheidend für globales Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit. Protektionismus lehnen wir ab. Freihandelsabkommen schließt die EU für alle Mitgliedstaaten. Gemeinsam können wir nicht nur unsere Wirtschaft schützen, sondern auch unsere Werte durchsetzen. Europäische Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards müssen gewahrt bleiben. Es muss Null-Toleranz gegenüber Kinderarbeit gelten. Die EU soll zu einer ausgewogenen Handelspartnerschaft mit den USA kommen und eine Führungsrolle bei der anstehenden WTO-Reform übernehmen.

Der internationale Wettbewerb muss unter fairen Bedingungen stattfinden, insbesondere muss das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) gelten, geistiges Eigentum geschützt und eine ausländische Direktinvestition frei von Sicherheitsrisiken sein. Einen Ausverkauf strategischer Infrastruktur und zentraler Zukunftstechnologie darf es nicht gegeben. Ein **EU/China-Investitionsabkommen** könnte bestehende Wettbewerbsverzerrungen erheblich

mindern. Der BDI spricht von China inzwischen sogar offen als „Systemwettbewerber“. Wir begrüßen die Ankündigung Bundeskanzlerin Dr. Merkel, die Beziehungen zu China zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 zu machen.

Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt es, dass Bundeskanzlerin Dr. Merkel und der indische Premierminister Modi jüngst in Neu Delhi vereinbart haben, sich verstärkt für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Indien über ein Handelsabkommen einzusetzen.

Selbstverständlich hat die Europäische Union ein starkes Interesse an intensiven wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Großbritannien auch nach dem Brexit.

Vor rund einem Jahr hat das Europäische Parlament das Handelsabkommen EU/Japan verabschiedet, das größte Freihandelsabkommen, das jemals von der Europäischen Union ausgehandelt worden ist. Gerade in den von US-Präsident Trump vom Zaun gebrochenen Handelsstreitigkeiten war dies ein wichtiges Zeichen für Integration und Interessenausgleich als Basis für Stabilität und Wohlstand.

Die CDU/CSU-Gruppe will Europas **außenpolitische Rolle** in der Welt stärken. Der militärische Rückzug der USA aus Nordostsyrien, ihr Ausstieg aus dem Klimaabkommen von Paris oder die Aufkündigung des Iran-Nuklearabkommens haben das Vertrauen in den transatlantischen Beziehungen gestört. Russland bricht fortgesetzt Völkerrecht auf der Krim und in der Ostukraine, verstößt gegen internationales Seerecht im Asowschen Meer und geht zusammen mit dem syrischen Regime, dem Iran und jetzt auch im Pakt mit der Türkei in Syrien vor.

Für die **Sicherheit Europas** ist die Leistung der NATO als das mächtigste Verteidigungsbündnis und das transatlantische Bündnis mit den USA unverzichtbar. An der sicherheitspolitischen Partnerschaft mit Großbritannien ist auch über einen Brexit hinaus unbedingt festzuhalten. Das Europäische Parlament verurteilt den **völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nordostsyrien**, fordert den Rückzug seiner Truppen und eine UN-geführte Sicherheitszone. Die Europäische Union braucht eine abgestimmte Strategie für den Mittleren Osten und die arabische Halbinsel. Bei den gemeinsamen Sanktionen gegen Russland muss es bleiben. Ebenso klar ist, dass nachhaltige Sicherheit ohne eine belastbare Kooperation mit Russland nicht möglich ist; kollektive Verteidigung und sektorale Zusammenarbeit müssen abgewogen sein.

Dass die **Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien** auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs nicht die erforderliche Zustimmung erfahren hat, ist ein großer Fehler. Um dies zu erkennen reicht es schon, den Blick auf die aktuelle Entwicklung der Migration und die Erfordernisse ihrer Steuerung zu richten. Die entschlossene Heranführung der Länder des westlichen Balkans an die EU entsprechend der verbindlichen Kriterien liegt im klaren Interesse der Europäischen Union. Sie dürfen nicht der egoistischen Interessenpolitik Russlands, Chinas, der Türkei oder Saudi-Arabiens zum Opfer fallen. Der EU/Westbalkan-Gipfel im Mai in Zagreb ist daher von hoher Bedeutung.

Die Europäische Union muss ihr Schicksal stärker in die eigenen Hände nehmen und in der **Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** handlungsfähiger werden. Sie muss verstärkt die europarechtlichen Möglichkeiten nutzen, mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden.

Die EU sollte entsprechend des **Konzepts der Vernetzten Sicherheit** Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung stärker abstimmen. Außen- und handelspolitische Maßnahmen könnten stärker Hand in Hand gehen, um europäische Handelsinteressen beispielsweise im Sanktionsfall besser zu verteidigen. Vorstellbar ist ein **Europäischer Sicherheitsrat** mit rotierender Besetzung, in dem wichtige Beschlüsse schneller vorbereitet werden.

Wir wollen eine **echte Europäische Verteidigungsunion**, im Rahmen derer zunächst eine europäische Eingreiftruppe verbundener nationaler Streitkräfte gemeinsam Einsätze, Planung, Beschaffung und Militärübungen durchführt. Die wichtige Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO) bietet Mitgliedstaaten die Möglichkeit gemeinsamer Projekte in der Ausbildung, der Fähigkeitenentwicklung und bei der operativen Einsatzbereitschaft, um so die Effizienz und Reaktionsfähigkeit der Verteidigung zu stärken. Es muss gewährleistet sein, dass diese Projekte komplementär zur NATO sind.

Mit der Einigung auf ein EU-Programm für Verteidigungsforschung und -entwicklung ist ein wichtiger Meilenstein der Europäischen Verteidigungsunion erreicht. Es geht um bilaterale und multinationale Projekte wie beispielsweise die Eurodrohne. Wichtig ist, zu einer gemeinsamen europäischen Rüstungsexportpolitik einschließlich Exportkontrolle zu kommen. Es gilt, europäische Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit in Übereinstimmung mit den NATO-Zielen zu steigern.

5. Europa schützt und betreibt eine verantwortliche Migrationspolitik

Die CDU/CSU-Gruppe will ein Europa, das vor krimineller und terroristischer Bedrohung schützt, über starke Außengrenzen verfügt und eine gemeinsame Politik bei Asyl, Migration und Drittstaatenkooperation betreibt - entsprechend den eigenen Möglichkeiten und hohen ethischen Ansprüchen.

Europa ist Sehnsuchts- und Zufluchtsort von Millionen von Menschen in Kriegs- und Armutsräumen des Mittleren Ostens und Afrikas. Es bedarf einer **europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik**, die gleichzeitig der humanitären und christlichen Pflicht der Solidarität mit den Schutzbedürftigen und der Notwendigkeit nachhaltiger Reduzierung der Zuwanderung nach Europa genügt. Es geht um den Schutz von Kriegsflüchtlingen, eine konsequente Rückführung von Wirtschaftsmigranten und kontrollierte legale Einwanderung. Wir brauchen einen Neustart für den dringend erforderlichen europäischen Migrations- und Asylpakt und einen fairen Verteilmechanismus. Jeder Mitgliedstaat muss solidarisch zu einer Lösung beitragen.

An den Außengrenzen ist die **Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex** auszubauen. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen muss zu einer echten Europäischen Asylagentur ausgebaut werden. Der Vorschlag von Bundesinnenminister Horst Seehofer ist

zu unterstützen, die Entscheidungen über Asylanträge auf Grundlage einheitlicher EU-Regeln an die Außengrenzen der EU zu verlagern, um so die Zahl der einreisenden Flüchtlinge zu reduzieren. Schleppern und Menschenhändlern ist das Handwerk zu legen. Es bedarf dringend eines Rahmens für Such- und Rettungseinsätze.

Wirksame Migrationsprävention setzt bei gemeinsamer **Fluchtursachenbekämpfung** in den Konfliktregionen und im demographisch expandierenden Afrika an. Die Europäische Union zielt im Interesse von Frieden, Sicherheit und Arbeitsplätzen auf den Ausbau der Partnerschaft mit Afrika. Der EU-Treuhandfonds fördert die Zusammenarbeit mit afrikanischen Herkunfts-, Aufnahme- und Transitländern von Migranten und dient der Stabilisierung der Partnerländer und der Minderung der strukturellen Ursachen für irreguläre Migration und für Vertreibung. In einer Allianz der EU mit den afrikanischen Staaten und Gesellschaften sollen Konfliktprävention und -bewältigung verbessert, verantwortungsvolles staatliches Handeln vorangebracht, Wirtschaft und Qualifizierung gefördert und Migration und Mobilität gesteuert werden. Das Konzept „Digital4Development“ nimmt sich der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Digitalisierung in den Entwicklungsländern an.

Die CDU/CSU-Gruppe will die **innere Sicherheit stärken und Europa vor Terrorismus und organisierter Kriminalität schützen**. EU-Maßnahmen zu Prävention und Schutz zum Beispiel vor islamistisch motivierten Anschlägen umfassen gründlichere Kontrollen an den europäischen Außengrenzen, eine bessere Kooperation von Polizei- und Justizapparat sowie das Vorgehen gegen Terrorismusfinanzierung, das organisierte Verbrechen und die Radikalisierung.

Für den Schutz unserer Außengrenzen kommt **Frontex** eine Schlüsselrolle zu. Dessen Ausbau durch eine ständige Reserve von 10.000 Einsatzkräften soll nicht erst 2027, sondern bis spätestens 2024 erreicht sein. Frontex muss Durchführungsbefugnissen und eigene Ausrüstung, höhere finanzielle Mittel sowie ein erweitertes Mandat bei Rückkehr und Rückführung bekommen. Es sollte die Fähigkeit erhalten, auf der Basis von Vereinbarungen mit nicht benachbarten Drittstaaten Unterstützung in Herkunfts- und Transitländern bei Grenzmanagement und Migrationssteuerung zu leisten.

Der Überwachung der Reisebewegungen von Drittstaatsangehörigen dient ein **System zur Registrierung von Ein- und Ausreisen (EES)**. Die Einreise von Besuchern aus Ländern, die kein Visum brauchen, in den Schengenraum prüft und registriert das **Europäische Reiseinformations- und Reisegenehmigungs-System (ETIAS)**, das ab 2020 einsatzfähig sein soll. Jeder Antragsteller wird einem gründlichen Sicherheitscheck unterzogen. Die Europäische Union verfügt bereits über mehrere Datenbanken und Informationssysteme für den Grenzschutz und die innere Sicherheit, die jetzt interoperabel gemacht werden sollen, um beispielsweise Reiserouten und Finanzströme von Terroristen aufzudecken. In dem **Europäischen Strafregisterinformationssystem (ECRIS)** sind die nationalen Strafregister durch einen einheitlichen Zugang verbunden.

Eine EU-weite „schwarzen Liste“ für Hassprediger und ein enges Monitoring von dubiosen religiösen Stätten sind hilfreich für eine frühzeitige Erkennung von Radikalisierung. Wir begrüßen die Ankündigung der Europäischen Kommission, eine umfassende Strategie zur

besseren **Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung** vorzulegen. Wir unterstützen Forderungen, eine klarstellende europarechtliche Regelung zur Absicherung des wichtigen, in Deutschland aber gerichtlich ausgesetzten Ermittlungsinstruments der **Vorratsdatenspeicherung** zu treffen.

6. Handlungsfähigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit stärken - Populismus bekämpfen

Europa sei in einer „komplizierten Verfassung“. So lautete unlängst das Attest des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert. Wir erleben Fliehkräfte wie die Brexit-Entwicklung, Erosionen des Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips sowie Verstöße gegen verbindliche europäische Vereinbarungen und Rechtsvorschriften, beispielsweise die Stabilitätsverpflichtungen in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Um die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fortschreiben zu können, muss sie von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und proeuropäischen demokratischen Mehrheiten getragen werden. **Die CDU/CSU-Gruppe hat eine verbindende Vision von der nächsten Entwicklungsstufe der Europäischen Union.** Unser Europa soll für eine intakte, lebenswerte Umwelt und ein gesundes Leben sorgen, das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft im Europäischen Binnenmarkt einlösen, die Welt der neuen Technologien mitgestalten und für alle öffnen, zu Chancengleichheit und besten Bildungs- und Forschungsbedingungen beitragen, im Äußeren und Inneren schützen und ein verantwortungsvoller, großzügiger und fairer internationaler Partner sein, der zu seinen Werten und Prinzipien steht. Europa muss ein offener Kontinent sein und bleiben, der mit der Welt im Austausch steht.

Im zwischenstaatlichen Verhältnis der EU-Partner gilt es, einander im Bewusstsein der gemeinsamen Werte und der Unterschiede noch mehr als „Gleiche“ zu betrachten, Kompromissfähigkeit zu beweisen und so der Europäischen Union als zu ihrem Glück vereinter Schicksalsgemeinschaft Rechnung zu tragen.

Die CDU/CSU-Gruppe tritt ein für ein Europa der Transparenz, der Integrität und des gegenseitigen Vertrauens. Wir rufen dazu auf, Position zu beziehen, Europas Werte und die Wahrheit zu verteidigen, sich friedlichen Unmutsäußerungen über potenzielle Missstände zu stellen, berechtigte Kritik aufzugreifen und **entschlossen Populismus zu demaskieren.**

Wir wollen einen neuen umfassenden europäischen Schutzmechanismus für die Rechtsstaatlichkeit mit einem transparenten und unabhängigen Gremium, das alle Mitgliedstaaten beurteilt. Rechtsstaatlichkeit soll zudem ein Kriterium bei der Entscheidung über finanzielle Förderung im Rahmen des europäischen Haushalts werden. Erforderlich sind konkrete Leitlinien für Berichte nach Art. 7 des EU-Vertrags über die Verletzung von Grundwerten der Europäischen Union.

Die CDU/CSU-Gruppe will die europäische Demokratie stärken durch eine Weiterentwicklung des Spitzenkandidatenprinzips, verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente und neue Formen der direkten Bürgereinbeziehung und der öffentlichen Willensbildung.

Die **Idee transnationaler Wahllisten lehnt die CDU/CSU-Gruppe ab**, unter anderem, weil sie zu Lasten des demokratischen Vertretungsverhältnisses zwischen Bürger und Abgeordnetem geht und somit die repräsentative Demokratie schwächt.

Wir treten für die Gemeinschaftsmethode, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, die Gleichberechtigung von Parlament und Rat als Gesetzgeber und für einheitliche institutionelle Verantwortlichkeit ein. Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments erfordert, dass das **Europäische Parlament das Initiativrecht und das volle Mitentscheidungsrecht erhält**. Wo es in der Außen-, Klima-, Energie, Sozial- und Steuerpolitik europäische Zuständigkeit gibt, soll die Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit an die Stelle der Einstimmigkeit treten.

Die europäische Ebene muss das Subsidiaritätsprinzip, das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und die Bedingung des europäischen Mehrwerts strikt beachten, eine Normenkontrolle nach deutschem Vorbild einführen und von überflüssiger Bürokratie entlasten.

Es ist unerlässlich, Selbstachtung, Selbstwert, Ehre und Integrität des Einzelnen auch dadurch angemessen zu achten, dass die **Europäische Union die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen Europas fördert**. Alle sollen von der Globalisierung und der Digitalisierung profitieren können.

Die CDU/CSU-Gruppe misst der **Bedeutung der regionalen Heimat** und der nationalen Zugehörigkeit als Zufluchtsort der Menschen gerade in Zeiten rasanter Globalisierungsveränderungen hohes Gewicht bei. Zugleich gilt es, das zentrale Verständnis dafür zu fördern, dass **Patriotismus Europäische Integration einschließt**, weil kein europäisches Land ohne Europa noch eine Zukunft hat. So sollen die europäische Identitätsbildung und das europäische Gemeinschaftsgefühl vorangebracht werden.

IV. Gemeinsam für Europa: digital und analog mit dabei sein

In der Öffentlichkeitsarbeit der CDU/CSU-Gruppe nimmt die **Online-Kommunikation** breiten Raum ein. Die CDU/CSU-Gruppe ruft dazu auf, daran mitzuwirken, die Reichweite ihrer Facebook-Seite durch teilen und liken zu erhöhen. Das gilt auch für die Steigerung der Verbreitung des hochwertigen Contents, den die Gruppe über ihren Twitter-Kanal emittiert, per retweeten und liken.

Die Homepage der CDU/CSU-Gruppe cducusu.eu ist „Visitenkarte“, „Briefkasten“ und Informationsplattform im Internet. Sie bietet mit den verschiedenen Newslettern - „EU-Kommunal“, „Presse-Newsletter“, „PKM-Europe-News“ -, den aktuellen Pressemitteilungen, den Broschüren und Positionspapieren und mit allgemeinen Informationen zu den Abgeordneten der Gruppe und ihrer Arbeit ein attraktives Informationsangebot.

Die CDU/CSU-Gruppe wirbt für die Nutzung ihrer kostenlosen, in allen großen App-Stores und über ihre Homepage zu erhaltenden **Europa-App CDU/CSU4EU**. Diese bietet unter „Europa-Argumente“ kompakte Informationen und Argumente zu allen relevanten Themen der Europapolitik und ermöglicht über den Bereich „Social-Media“ die aktive Teilnahme am

politischen Diskurs in den sozialen Netzwerken. In ihrer digitalen Kommunikation stimmt sich die CDU/CSU-Gruppe eng mit den Partnern in der Union ab. Das gilt es fortzusetzen und auszubauen.

Als CDU/CSU-Gruppe haben wir im Europawahlkampf große Unterstützung erhalten und über das ganze Jahr 2019 eng und vertrauensvoll mit allen Gliederungen der Unionsparteien, mit den Unionsfraktionen in den Parlamenten und natürlich den unionsgeführten Regierungen in Deutschland zusammengearbeitet. In vielen Runden, sei es mit Gästen in Straßburg und Brüssel oder bei Veranstaltungen in Berlin und an vielen anderen Orten in Deutschland, haben wir uns in der Sache, aber auch immer wieder ganz persönlich ausgetauscht.

Wir sagen allen unseren herzlichen Dank dafür, setzen auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit auch im kommenden Jahr 2020 und freuen uns auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte, die uns dafür beste Gelegenheiten bieten wird.

Ein besonderer Dank verbunden mit einem herzlichen Abschiedsgruß richtet sich an Günther H. Oettinger für seine enge Verbindung zur CDU/CSU-Gruppe und die hervorragende Arbeit als Kommissar zunächst für Energie, anschließend für die Digitale Gesellschaft und dann für Haushalt und Personal.

Wir teilen den motivierenden Optimismus der neuen Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. von der Leyen, und rufen dem CDU-Bundesparteitag mit ihren Worten aus gemeinsamer Überzeugung zu: „Die Kraft der Idee Europa ist ungebrochen. Es gibt keine Herausforderung für Europa, die nicht mit den Stärken Europas bewältigt werden kann (...) – solange wir Europäer zusammenstehen und unsere unbestrittenen Fähigkeiten selbstbewusst nutzen.“